

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 11.03.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	23. Plenarsitzung Gemeinderat 19.04.2011 708 16 öffentlich
Zensus 2011 - Unterwanderung der ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten durch die NPD		

1. Wie viele Beschäftigte der Stadt Karlsruhe und wie viele zusätzliche ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte werden den Zensus 2011 ab dem 9. Mai 2011 durchführen?
2. Anhand welcher Kriterien wählt die Stadt Karlsruhe zusätzliche ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte für den Zensus 2011 aus?
3. Angesichts des Aufrufs der NPD in Hessen, Bremen, Sachsen, NRW und Rheinland-Pfalz an ihre Anhängerschaft, sich als ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte für den Zensus 2011 zu bewerben und die Befragungen im Interesse der Partei („Feld- und Feindbeobachtung“) zu nutzen: Welche Möglichkeit hat die Stadt Karlsruhe, sich der Zuverlässigkeit der ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten zu versichern?
4. Hält die Stadtverwaltung dies für ausreichend?
5. Hält es die Stadt für Bürger/-innen, die nach dem Zensus 2011 befragt werden bzw. ausgefüllte Fragebogen an Erhebungsbeauftragte abgeben, für zumutbar, dass sie nicht sicher sein können, ob ihre Daten von Erhebungsbeauftragten missbraucht werden?
6. Welche (rechtlichen) Möglichkeiten haben im Rahmen von Zensus 2011 befragte Bürger/-innen, wenn sie den Eindruck haben, dass der oder die (ehrenamtliche) Erhebungsbeauftragte nicht die geforderte Seriosität und Verlässlichkeit aufbringt?
7. Sollte angesichts der Aufrufe der NPD, den Zensus 2011 für die Zwecke ihrer rassistischen und faschistischen politischen Ziele zu nutzen, nicht ganz auf ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte verzichtet werden?

Sachverhalt/Begründung:

Die NPD hat in mehreren Bundesländern (nach unserem Wissen bisher Hessen, Sachsen, NRW, Rheinland-Pfalz und Bremen) ihre Anhängerschaft dazu aufgerufen, sich für den Zensus 2011 als ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte zu bewerben und zu versuchen, daraus zu gewinnende Daten an die NPD weiterzuleiten bzw. für ihre politischen Ziele zu nutzen. Dass das unter Strafe steht, wird für fanatische Rassisten und Neo-Nazis keine Hemmschwelle darstellen. Auch wenn uns zurzeit noch kein entsprechender Aufruf der NPD in Baden-Württemberg bekannt ist, ist das kein Indiz dahingehend, dass Mitglieder der Neo-Nazi-Szene, der NPD oder der seriös auftretenden Neuen Rechten nicht versuchen, sich als ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte zu bewerben, um die „Feld- und Feindbeobachtung“ etwa im Quartier zu optimieren. Wie unter diesen Bedingungen der Schutz der Daten der befragten Bürger/-innen vor Missbrauch geschützt werden soll, ist tatsächlich die Frage.

Beim Zensus 2011 werden die zu befragenden Bürger/-innen verpflichtet, eine Vielzahl demografischer Daten wie Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus, Bildungsabschluss, Haushaltsgröße, Familientyp, Gebäude und Wohnung, Arbeitsort und usw. zu liefern. Ebenfalls sensibel ist darüber hinaus die Erhebung für alle Bewohner/-innen von „Sonderbereichen“ wie Altenwohnheime, Pflege- und Wohnheime mit Menschen mit Behinderungen, Studenten- und Wohnheime von Auszubildenden, Kliniken, Sanatorien, psychiatrische Anstalten, Obdachlosenheime, Notunterkünfte, Flüchtlingsheime und Lager, Heime für schwer erziehbare Kinder und Jugendliche, Kasernen und Haftanstalten. Ein Missbrauch von „außen“ ist hier nur dadurch auszuschließen, dass die von den jeweiligen Leitungen der Einrichtungen zu erhebenden Daten - wie auch empfohlen - direkt an die amtliche Erhebungsstelle gehen - per Post oder elektronisch.

Die Aufrufe der NPD an ihre Anhängerschaft zielen darauf ab, sich als ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte (Interviewer) zu bewerben, dabei Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund der Befragten festzustellen und Eindrücke über politische Einstellungen, mentale Befindlichkeiten und die soziale Situation zu sammeln und weiterzugeben.

unterzeichnet von:
Sabine Zürn
Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
08.04.2011